



DIE VORSITZENDE  
DES RUNDFUNKRATS

Westdeutscher Rundfunk 50600 Köln

Westdeutscher Rundfunk

Frau  
Maren Müller  
Vorsitzende der Ständigen Publikumskonferenz der  
öffentlich-rechtlichen Medien e. V.  
Hofer Str. 20a  
04317 Leipzig

Appellhofplatz 1 50667 Köln  
Telefon +49 (0)221 220 5601 bis 5606/ 5609  
Telefax +49 (0)221 220 2762

Köln, 3. Februar 2015

**Anrufungen des Rundfunkrats gemäß § 10 Abs. 2 WDR-Gesetz mit Schreiben des Vereins  
„Ständige Publikumskonferenz der öffentlich-rechtlichen Medien“, vertreten durch die  
Vorsitzende Maren Müller**

Sehr geehrte Frau Müller,

der Rundfunkrat des WDR hat sich in seiner Sitzung am 23. Januar 2015 mit  
Programmbeschwerden des Vereins „Ständige Publikumskonferenz der öffentlich-rechtlichen  
Medien“ befasst, den Sie vertreten. Mit diesem Brief informiere ich Sie über den Beratungsgang  
und über die Gründe für die Entscheidungen des WDR-Rundfunkrats zu folgenden  
Programmbeschwerden:

- ‚Politikum‘, WDR 5, 28. August 2014, programmbegleitender Onlineauftritt
- ‚Tagesthemen‘, Das Erste, 5. September 2014, Beitrag zur Ukraine
- ‚Tagesthemen‘, Das Erste, 5. September 2014, Schaltgespräch zur Ukraine
- ‚ARD-Brennpunkt: Syrien-Bomben gegen den IS‘, Das Erste, 23. September 2014
- ‚Tagesthemen‘, Das Erste, 24. September 2014, Beitrag zur Ukraine

Für den WDR-Rundfunkrat gilt es vor allem, programmliche Aspekte zu prüfen. Nach dem im  
WDR-Gesetz § 10 Abs. 2 für den Rundfunkrat vorgeschriebenen Verfahren ist die zentrale Frage,  
ob die Schwelle zur Verletzung von Programmgrundsätzen, die in § 5 WDR-Gesetz ausgeführt  
sind, überschritten ist. Das Gremium prüft und bewertet jede Programmbeschwerde einzeln und  
ausführlich. Es kann Defizite in beanstandeten Beiträgen feststellen und dem WDR Anregungen für  
die künftige Arbeit geben. Darüber hinaus kann der Rundfunkrat einer Programmbeschwerde  
formal beitreten – ihr also zustimmen. Das ist dann der Fall, wenn der Rundfunkrat so erhebliche  
Defizite sieht, dass ein Beitrag nach Auffassung des Gremiums gegen das WDR-Gesetz verstößt.

Die Informationen zu den oben aufgeführten Programmbeschwerden Ihres Vereins hat der  
Intendant des WDR dem Rundfunkrat am 8. Januar 2015 übermittelt. Grundlagen für die  
Meinungsbildung des Gremiums waren der jeweilige Schriftwechsel zwischen Ihnen und dem WDR  
mit Anlagen, die von Ihnen kritisierten Beiträge selbst sowie die Stellungnahmen des Intendanten  
für den Programmausschuss.

Entsprechend der Satzung des WDR beriet zunächst der Programmausschuss über die  
Programmbeschwerden. Die Ausschussmitglieder hatten vor der Sitzung Gelegenheit, die  
kritisierten Beiträge zu sichten. Der Ausschuss ließ anschließend Vertreter/innen des WDR zum  
jeweiligen Beitrag Stellung nehmen und er informierte sich über die juristischen Hintergründe. Auf  
dieser Basis beriet der Programmausschuss über die einzelnen Programmbeschwerden. Im  
Ergebnis hat er sich in allen oben genannten Fällen gegen einen Beitritt ausgesprochen.

Das Votum des Programmausschusses, zusammen mit allen Unterlagen zu den einzelnen Fällen, ging dem Rundfunkrat zu. In der Sitzung am 23. Januar 2015 rief er jede Programmbeschwerde einzeln auf. Am Ende seiner Befassung kam der Rundfunkrat bei jeder der oben genannten Programmbeschwerden einstimmig und ohne Enthaltungen zu dem Ergebnis, sich der Programmbeschwerde nicht anzuschließen.

#### Zu den Programmbeschwerden im Einzelnen:

##### • „Politikum“, WDR 5, 28. August 2014, programmbegleitender Onlineauftritt

Der Intendant hatte der Programmbeschwerde des Vereins vom 6. Oktober 2014 und des weiteren Schreibens vom 17. Oktober 2014 mit Bescheid vom 12. November 2014 nicht abgeholfen. Daraufhin haben Sie nach § 10 Abs. 2 WDR-Gesetz am 25. November 2014 und 2. Dezember 2014 den Rundfunkrat angerufen.

Sie hatten die Verwendung eines Fotos im programmbegleitenden Onlineauftritt vom 28. August 2014 von russischen Soldaten in Verbindung mit der Bildunterschrift „*Angeblich sind bereits mehrere tausend Soldaten in der Ukraine*“ kritisiert. Dadurch sei der falsche Eindruck erweckt worden, das Foto sei ein Beleg für einen regulären Truppeneinmarsch in die Ostukraine, obwohl die Aufnahme vom 1. März 2014 stamme und russische Soldaten an der ukrainischen Grenze bei Balaclave zeige.

Mit Schreiben vom 17. Oktober 2014 hatten Sie außerdem beanstandet, dass am 7. Oktober 2014 ohne weitere Erklärung veränderte Textpassagen ins Internet eingestellt und das Bild ohne Erläuterung entfernt worden seien.

In seinem Bescheid an Sie vom 12. November 2014 hatte der Intendant dargelegt, dass das fragliche Foto im Kontext des gesamten Online-Textes sowie des Gesprächs gesehen werden müsse. Dieser Position schloss sich der Programmausschuss in seiner Sitzung vom 16. Januar 2015 an. Aus dem Gesamtzusammenhang gehe hervor, dass das Bild nicht als dokumentarischer Beleg für einen Einmarsch russischer Soldaten auf ukrainisches Territorium zwischen dem 26. und 28. August 2014 verwendet worden sei. Schon das den Bildtext einleitende Wort „angeblich“ versehe alle folgenden Angaben ausdrücklich mit einem Fragezeichen. Gleichwohl hätte WDR 5 auf Ihren Hinweis hin den Text vorsorglich umgehend um Angaben zum Entstehungsort und Entstehungszeitpunkt des Bildes ergänzt.

In Ihrem zweiten Anrufungsschreiben vom 2. Dezember 2014 hatten Sie beanstandet, dass im Bescheid des Intendanten an Sie nicht auf diese Änderung der kritisierten Passage im Online-Text sowie auf das Fehlen eines Hinweises eingegangen worden sei, welcher die Änderung gekennzeichnet hätte. Der einleitende Text des Beitrags habe ursprünglich gelautet: „*Vorgestern noch über einen Friedensplan in Minsk gesprochen, heute russische Kämpfer und Geräte in die Ostukraine verlegt*“. Die einleitende Passage sei dann wie folgt geändert worden: „*Vorgestern (26.08.2014) noch Friedensgespräche in Minsk, heute (28.08.2014) verkündet der ukrainische Präsident, Russland habe neue Truppen über die Grenze gebracht*.“ Sie hatten kritisiert, dass damit eine falsche Tatsachenbehauptung korrigiert worden sei und dies als deutliche inhaltliche Korrektur hätte kenntlich gemacht werden müssen.

Der Programmausschuss stellte unter Berücksichtigung Ihrer Kritik und der Stellungnahmen des WDR fest: Es wäre besser gewesen, die Änderung – wie dies später auch geschehen sei – sofort als solche zu kennzeichnen. Dennoch habe es sich bei der Änderung der Bildunterschrift als auch des Satzes, der den Online-Text ursprünglich eingeleitet habe, nicht um die Richtigstellung falscher Berichterstattung gehandelt. Vielmehr sah der Programmausschuss darin eine Ergänzung von Formulierungen, die zunächst in der Tat verkürzt gewesen seien.

Grundsätzlich, befand der Ausschuss weiter, sei ein sorgsamer Umgang mit Bildern notwendig. Sie hätten eine hohe Suggestivkraft, die – auch im Fall begleitender Motive im Internet – bei der Auswahl und Kennzeichnung stets zu beachten sei. Der Programmausschuss verwies mit Blick auf nötige Korrekturen auch auf frühere Beratungen im Ausschuss und im Rundfunkrat. Aufgrund der Hinweise aus den Gremien habe der WDR bereits eine gesonderte Empfehlung an die Redaktionen zum Vorgehen bei Fehlerkorrekturen vorgelegt. Bei seinen Entscheidungen, stellte der Programmausschuss wiederholt heraus, berücksichtige das Gremium folgendes: Fehler könnten passieren und seien bei aller Achtsamkeit nicht vollständig zu vermeiden. Fehler aber, denen kein Vorsatz zugrunde liege, seien nicht automatisch mit der Verletzung von

Programmgrundsätzen nach § 5 WDR-Gesetz verbunden, sondern müssten im Einzelfall beurteilt werden.

Der Rundfunkrat schloss sich der Position des Programmausschusses an. Das Gremium kam bei 36 anwesenden Mitgliedern einstimmig ohne Enthaltungen zu dem Beschluss, dass in dem von dem Verein „Ständige Publikumskonferenz der öffentlich-rechtlichen Medien“, vertreten durch die Vorsitzende Maren Müller, kritisierten programmbegleitenden Internetauftritt zur Sendung „Politikum“ am 28. August 2014 auf WDR 5 gegen die Programmgrundsätze nach § 5 Absatz 6 Satz 2 WDR-Gesetz (Sorgfalt bei der Nachrichtengebung), § 5 Absatz 4 WDR-Gesetz (Verpflichtung auf die Wahrheit) und § 5 Absatz 5 Satz 3 WDR-Gesetz (journalistische Fairness) nicht verstoßen wurde.

• **„Tagesthemen“, Das Erste, 5. September 2014, Beitrag zur Ukraine**

Der Intendant hatte Ihrer Programmbeschwerde vom 12. September 2014 mit Bescheid vom 17. November 2014 nicht abgeholfen. Daraufhin haben Sie nach § 10 Abs. 2 WDR-Gesetz am 22. November 2014 den Rundfunkrat angerufen.

Ihr Vorwurf war gewesen, dass im Rahmen des Beitrages in den „Tagesthemen“ vom 5. September 2014 über ukrainische Freiwilligenverbände zum einen im Hintergrund eine Flagge mit dem Wappen des Asow-Bataillons mit Wolfsangel und schwarzer Sonne zu sehen gewesen sei, ohne dass der Autor des Berichts diese als nationalsozialistische Symbole eingeordnet habe. Zum anderen hatten Sie kritisiert, dass der Kommandeur des Asow-Bataillons, Andrej Bieltzki, Chef der rechtsextremen „Sozial-Nationalen-Versammlung“ im Beitrag ohne weitere Einordnung seiner Person und der hinter ihm stehenden Miliz verharmlosend interviewt worden sei.

Sie hatten gerügt, dass eine Verletzung des § 4 JMStV und den §§ 3, 10 und 11 RStV und die Verletzung der §§ 86 und 86a StGB vorliege (Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen). Dazu stellte der Intendant klar: §§ 86 und 86a StGB würden über § 5 Abs. 1 Satz 2 WDR-Gesetz als Vorschriften der allgemeinen Gesetze auch direkt für den WDR gelten. Auch § 4 Jugendmedienschutz-Staatsvertrag nehme Bezug auf §§ 86 und 86a StGB. Der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag gilt aufgrund der Verweisung von § 6 WDR-Gesetz direkt für den WDR.

Der Programmausschuss beriet insbesondere über die Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen und die Verwendung ihrer Kennzeichen. Das Justizariat des WDR verwies darauf, dass in § 86a Absatz 3 iVm § 86 Absatz 3 StGB ausdrücklich Ausnahmen geregelt seien, bei denen verbotene Symbole gezeigt werden dürften. Eine dieser Ausnahmen sei die Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens. Plausibel hat das Justizariat dargestellt, dass hierzu der kritisierte Bericht in den „Tagesthemen“ am 5. September 2014 gehört habe.

Das erst an diesem Tag vereinbarte Minsker Abkommen sei am 5. September 2014 das Aufmacher-Thema in den „Tagesthemen“ gewesen, also die wichtigste Nachricht des Tages. Dass bei einer derart starken Nachrichtenlage – der Vereinbarung einer Waffenruhe – die nur wenige Sekunden sichtbaren und ganz überwiegend im Hintergrund flatternden Fahnen des Asow-Bataillons nicht eigens thematisiert worden seien, sei unter journalistischen Gesichtspunkten ebenso wie die nicht erneute Erläuterung des Asow-Bataillons auch aus Sicht des Programmausschusses legitim und nachvollziehbar.

In der Sitzung am 23. Januar ließ sich der WDR- Rundfunkrat die vorliegenden Unterlagen und die Beschlussempfehlung des Programmausschusses vorstellen. Das Gremium hat die Ausführungen unterstützt. Anschließend kam der Rundfunkrat bei 40 anwesenden Mitgliedern einstimmig ohne Enthaltungen zu dem Beschluss, dass in dem vom Verein „Ständige Publikumskonferenz der öffentlich-rechtlichen Medien“, vertreten durch die Vorsitzende Maren Müller, kritisierten Beitrag „Waffenruhe in der Ostukraine“ ausgestrahlt in den „Tagesthemen“ am 5. September 2014 gegen die Vorgabe zur Einhaltung der allgemeinen Gesetze durch Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen bzw. Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 5 Absatz 1 Satz 2 WDR-Gesetz in Verbindung mit den §§ 86, 86a StGB) und gegen die Jugendschutzbestimmungen (§ 6 WDR-Gesetz in Verbindung mit § 4 Jugendmedienschutz-Staatsvertrag und §§ 86, 86a StGB) nicht verstoßen wurde.

• **„Tagesthemen“, Das Erste, 5. September 2014, Schaltgespräch zur Ukraine**

Der Intendant hatte der Programmbeschwerde des Vereins vom 24. September 2014, die über den NDR-Rundfunkrat weitergeleitet wurde und am 16. Oktober 2014 im WDR eingegangen ist, mit Bescheid vom 17. November 2014 nicht abgeholfen. Daraufhin haben Sie nach § 10 Abs. 2 WDR-Gesetz am 25. November 2014 den Rundfunkrat des WDR angerufen.

Sie hatten dem WDR vorgeworfen, dass Herr Lielischkies fälschlicherweise behauptet habe, dass die OSZE den Beschuss der Ukraine durch russische Artillerie bestätigt habe. Im diesbezüglichen OSZE-Bericht vom 4. September 2014 lasse sich jedoch kein Hinweis darauf finden. Udo Lielischkies habe sich ausschließlich auf ukrainische Quellen gestützt.

Wie im Bescheid des Intendanten bereits ausgeführt wurde, verwies auch der Programmausschuss in seiner Beratung im Januar 2015 darauf, dass sich Udo Lielischkies an die Beschreibung des OSZE-Lageberichts vom 4. September 2014 gehalten habe. Dort hätte es geheißen: „OTS [Observer Teams der OSZE] reported (...) shooting from the east and south-east areas which are also bordering Ukraine“. Da die Gebiete an die Ukraine angrenzten, gehe die OSZE also offensichtlich davon aus, dass die Schüsse aus Regionen, die nicht Teil der Ukraine sind, gekommen sein könnten. Sie hingegen hatten „east and south-east areas“ interpretiert als östliche und südöstliche Gebiete „der Ukraine“, die an die (...) ukrainisch-russische Grenze angrenzen.“ Eine solche Interpretation lasse der Text des OSZE-Berichts jedoch nach Ansicht des Programmausschusses und des Rundfunkrats nicht zu.

Auch die vom Intendanten in seinem Bescheid an Sie zitierte Reuters-Meldung vom 26. August 2014 gehe von einem Beschuss von russischem Territorium aus und argumentiere wie folgt: *“However, the armoured column that appeared on Monday in the far south-eastern corner of Ukraine, where it abuts the Russian border, was unusual because the spot was far removed from any territory held by the separatists. It was therefore difficult to see how the column could have appeared in Ukraine without having come across the Russian border, unless it made an amphibious landing from the nearby Azov Sea which is improbable given the number of heavy vehicles witnesses said they saw.”*

Der Intendant hatte zudem darauf verwiesen, dass sich der OSZE-Bericht nicht nur auf den Zeitraum 28. August bis 3. September (7 Tage) beziehe, sondern dort heiße es: „In the past weeks ...“ – ein nicht weiter definierter Zeitraum, der jedoch explizit mehrere Wochen umfasst. Entscheidend sei dabei die Tatsache, dass die OSZE-Beobachter Artillerie-Beschuss in der Zeit vor dem Waffenstillstandsabkommen aus Richtung Russland vermerkt hätten. An der von Ihnen benannten Stelle der OSZE-Pressekonferenz widerspreche der Leiter der Mission Paul Picard keineswegs den schriftlich getroffenen Aussagen der OSZE. Er habe gesagt: *“We cannot say exactly where they [die Rede ist von Schüssen und Detonationen] are located – if it’s from inside or outside and how close or far they are”*. Dass er damit die im Bericht getroffenen Aussagen bezüglich der Einschläge und der Richtung, aus der die Geschosse nach Beobachtung der OSZE-Mitarbeiter kamen, zurücknehmen wolle, habe er dagegen nicht geäußert.

Programmausschuss und WDR-Rundfunkrat sahen mit diesen Zitaten die wesentlichen Aspekte der Programmbeschwerde durch die Vorlage und die ergänzenden Ausführungen des Justiziariates als geklärt an.

Bei 40 anwesenden Mitgliedern kam der Rundfunkrat einstimmig ohne Enthaltungen zu dem Beschluss, dass in dem vom Verein „Ständige Publikumskonferenz der öffentlich-rechtlichen Medien“, vertreten durch die Vorsitzende Maren Müller, kritisierten Live-Gespräch zum Beitrag „Tagesthemen: Waffenruhe in der Ostukraine“, Das Erste, 5. September 2014, gegen das Gebot zur Sorgfalt bei der Nachrichtengebung (§ 5 Absatz 6 Satz 2 WDR-Gesetz und § 10 Absatz 1 Satz 3 Rundfunkstaatsvertrag) nicht verstoßen wurde.

- **„ARD-Brennpunkt: Syrien-Bomben gegen den IS“, Das Erste, 23. September 2014**

Der Intendant hatte der Programmbeschwerde des Vereins vom 29. September 2014, die über den NDR-Rundfunkrat weitergeleitet wurde, mit Bescheid vom 10. November 2014 nicht abgeholfen. Daraufhin haben Sie nach § 10 Abs. 2 WDR-Gesetz am 22. November 2014 den Rundfunkrat des WDR angerufen.

Sie hatten beanstandet, dass die Aussage „Er [Anm.: Obama] hätte gerne ein UN-Mandat gehabt, das Russland blockiert“ nicht der Wahrheit entspreche. Einen konkreten Resolutionsentwurf, den Russland hätte blockieren können, habe es nicht gegeben.

Der Programmausschuss stellte in seiner Beratung ebenso wie der Intendant in seinem Bescheid an Sie vom 10. November 2014 fest, dass seit Beginn der Krise in der Ukraine vier entscheidende Resolutionsentwürfe im UN Sicherheitsrat zu Syrien mit einem Veto von Russland und China zu Fall gebracht worden seien. Programmausschuss sowie der anschließend tagende Rundfunkrat teilten Ihre Argumentation nicht, die monatelange Blockade-Haltung sei keine Handlung im eigentlichen Sinne. Die Verdichtung, die Frau Hassel vorgenommen habe, sei journalistisch legitim und in nachrichtlichen Kurzformaten sogar die Regel.

Außerdem habe Frau Hassel – wie ebenfalls im Bescheid dargestellt – explizit die fragwürdige völkerrechtliche Basis der amerikanisch geführten Luftschläge in Syrien hervorgehoben.

Der Rundfunkrat folgte den Beratungen des Programmausschusses und kam in seiner anschließenden Sitzung bei 42 anwesenden Mitgliedern einstimmig ohne Enthaltungen zu dem Beschluss, dass in der von dem Verein „Ständige Publikumskonferenz der öffentlich-rechtlichen Medien“, vertreten durch die Vorsitzende Maren Müller, kritisierten Sendung „ARD-Brennpunkt: Syrien – Bomben gegen den IS“, Das Erste, 23. September 2014, eine Verletzung des Programmgrundsatzes zur Verpflichtung auf die Wahrheit (§ 5 Absatz 4 WDR-Gesetz) nicht vorliegt.

- **„Tagesthemen“, Das Erste, 24. September 2014, Beitrag zur Ukraine**

Der Intendant hatte der Programmbeschwerde des Vereins vom 24. September 2014, die über den NDR-Rundfunkrat weitergeleitet wurde und am 2. Oktober 2014 im WDR eingegangen ist, mit Bescheid vom 26. November 2014 nicht abgeholfen. Daraufhin haben Sie nach § 10 Abs. 2 WDR-Gesetz am 29. November 2014 den Rundfunkrat des WDR angerufen.

Ihr Vorwurf war gewesen, dass der Schlusssatz im Beitrag der Autorin Birgit Virnich eine unbegründete Tatsachenbehauptung sei. Dieser habe gelautet: „Und so sind die meisten, die sich einen ukrainischen Staat wünschen, aus der selbst-ernannten Rebellenhochburg Donezk geflohen. Fast ein Drittel der Bevölkerung.“ Diese Aussage entspreche aus der Sicht des Vereins nicht der Wahrheit, da die Menschen laut einem Bericht des UNHCR vor allem aufgrund der gefährlichen Sicherheitslage, die aus der Bürgerkriegssituation resultiere, geflohen seien.

Sie hatten in Ihrer Anrufung des Rundfunkrats den Vorwurf wiederholt, dass entgegen der Darstellung von Frau Virnich nur die allerwenigsten Flüchtlinge Donezk aus politischen Gründen verlassen hätten.

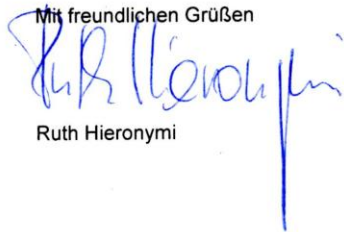
Der Programmausschuss und der Rundfunkrat folgten hingegen der Argumentation des Intendanten: Dass aus der von pro-russischen Separatisten besetzten Stadt auch diejenigen fliehen würden, die sich einen ukrainischen Staat wünschten – die also eine zu den aktuellen Machthabern konträre politische Position vertreten würden – sei schlüssig. Die Einschätzung der Autorin, dass eine größere Anzahl der Donezker Bevölkerung aus politischen Gründen aus der Stadt geflohen sei, würde auch durch den von Ihnen selbst zitierten UNHCR-Bericht bestätigt. Dort heiße es: „Some people also expressed fears of persecution for their political views or ethnicity.“ Dabei sei davon auszugehen, dass die Einordnung „some people“, auch wenn sie nicht konkret quantifiziert werde, eine relevante Größe sei, da sie sonst nicht Eingang in den Bericht gefunden hätte oder eine andere Formulierung wie z.B. „a few“ gewählt worden sei.

Sie hatten gerügt, dass eine Verletzung des in § 8 Absatz 1 und 2 NDR-Staatsvertrags verankerten allgemeinen Wahrheitsgebots sowie der Vorgabe zur Sorgfalt bei der Nachrichtengebung nach § 10 Absatz 1 NDR-Staatsvertrag vorliege. Der Intendant stellte klar: Inhaltlich sei dieser Vorwurf § 5 Absatz 6 Satz 2 WDR-Gesetz zuzuordnen, wonach Nachrichten vor ihrer Verbreitung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Inhalt, Herkunft und Wahrheit zu prüfen. Programmausschuss und Rundfunkrat schlossen sich dieser Argumentation an.

Der Rundfunkrat kam bei 42 anwesenden Mitgliedern einstimmig ohne Enthaltungen zu dem Beschluss, dass in dem von dem Verein „Ständige Publikumskonferenz der öffentlich-rechtlichen Medien“, vertreten durch die Vorsitzende Maren Müller, kritisierten Beitrag „Tagesthemen: Flucht aus Donezk“, Das Erste, 24. September 2014, gegen das Gebot zur Sorgfalt bei der Nachrichtengebung (§ 5 Absatz 6 Satz 2 WDR-Gesetz) nicht verstoßen wurde.

Ich hoffe, dass ich Sie mit meinen Ausführungen über die Beratungen des WDR-Rundfunkrats unter Berücksichtigung der im WDR-Gesetz vorgeschriebenen Maßstäbe für die Verletzung von Programmgrundsätzen zufriedenstellend informieren konnte.

Mit freundlichen Grüßen



Ruth Hieronymi